

EMPÖRT EUCH!

Zehn Büchereien in Hannover bereits geschlossen - Rettet die Stadtbibliothek Limmerstraße!

Es grenzt schon an Zynismus, was gegenwärtig in Linden-Limmer passiert. Ausgerechnet die Lindener Ratsfraktionsvorsitzenden von SPD (Frau Kastning) und Grünen (Herr Schlieckau) beabsichtigen mit den Mehrheiten ihrer Rats- und Bezirksratsfraktionen nach den Kommunalwahlen die Stadtbibliothek Limmerstraße im Freizeitheim Linden zu schließen. Obwohl 25.000 Unterzeichner/innen, darunter nicht wenige Mitglieder ihrer Parteien, den Erhalt der für Linden, Limmer und auch Ahlem unverzichtbaren Bücherei fordern, wird bis zum heutigen Tage die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung ignoriert. Kinder, Jugendliche, Senioren, mobilitätseingeschränkte und bedürftige Menschen sind die Leidtragenden.

*„Die Menschen in Linden-Limmer sind die besten ExpertInnen für ihr Quartier“*, verkünden die **Grünen** nun großspurig in ihrem Wahlprogramm und äußern scheinheilig: *„Wir wünschen uns deswegen eine aktive Beteiligung von Mädchen, Jungen, Frauen und Männern aus dem Stadtteil ...“*

Fragen an die Grünen: Warum setzt ihr die unmissverständliche Meinung der „besten ExpertInnen“ nicht endlich um? Sind 25.000 Bürger/innen für euch keine „aktive Beteiligung“?

In dem 30-seitigen „Kurzwahlprogramm“ der **SPD** Hannover tauchen die Wörter „Bibliothek“ und „Bücherei“ gar nicht erst auf. Vor dem Hintergrund von zehn bereits erfolgten Büchereischließungen (seit Mitte der 90er Jahre) ist es unglaublich, wenn die SPD jetzt die elfte Schließung durchziehen will und dann schreibt: *„Wir sorgen für bestmögliche Bildung auf kommunaler Ebene für alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen in Hannover ...“*.

*„Niedrigschwellige Bildungsangebote ... um Kinderarmut entgegenzuwirken“*, fordert die SPD, und Frau Kastning erklärt im „Schädelspalter“: *„Unser Ziel ist es, die Infrastruktur im Bereich Bildung und Kultur zu erhalten.“* Na toll! Und deshalb wollt ihr nach den Wahlen die Stadtbibliothek Limmerstraße schließen?!

Die „Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ)“ brachte es unter der Überschrift **„Versprochen - gebrochen“** auf den Punkt: *„Die Grünen tönnten im Kommunalwahlkampf vor fünf Jahren (2006) vollmundig: 'Weitere Zusammenlegungen von Stadtteilbibliotheken soll es nicht geben.' Die Wähler machten sie zwar zum Partner der SPD in der Rathausmehrheit, doch Rot und Grün beschlossen Schließungen und Zusammenlegungen bei mehreren Büchereistandorten“* (HAZ vom 22.8.2011, S. 11.)